

01.07.2014 *Safety Clip*

Safety Clip: Gesundheitsversorgung und Patientensicherheit in Europa

M. E. Hartmann, H. Dammann



Am 25.10.2013 lief die Übergangsfrist ab, die so genannte „EU-Patientenmobilitätsrichtlinie“ (Richtlinie 2011/24/EU vom 09. März 2011 [1]) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) in nationales Recht umzusetzen. Der Kern dieser Richtlinie, die Inanspruchnahme grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung und die Erstattung anfallender Kosten, wurde in der deutschen Sozialgesetzgebung im § 13 Abs. 4 bis 6 Sozialgesetzbuch V (SGB V) kodifiziert.

Die Richtlinie ist eine direkte Folge der langjährigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), mit der die Grundfreiheiten der Europäischen Gemeinschaft (EG) – freier Verkehr von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen – in den Kontext der nationalen Gesundheitssysteme gesetzt wurden. Zwischenzeitlich hatten insbesondere die Urteile in den Rechtssachen Kohll und Decker sowie Vanbraekel [2] paradigmatischen Charakter erhalten.

Die Richtlinie schließt verbliebene Lücken bei der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung innerhalb der EU.

Für (Wander-)Arbeitnehmer und Selbstständige, die über einen bestimmten Zeitraum in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben und arbeiten, sowie deren Familienangehörige war die medizinische Versorgung bereits vorher eindeutig geregelt. Diese Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit gilt weiterhin unverändert. [3]

Ebenfalls unberührt bleibt der Rechtsrahmen für Touristen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat eine Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen müssen. Hier greifen die Regeln der Erst- und Krankenversicherung durch den Einsatz der Europäischen

Die Richtlinie aber bildet nunmehr „einen Rahmen für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung haben Behandlung in einem anderen europäischen Mitgliedstaat Behandlung in ihrem Heimatland erstatten lassen wollen



Umfang der Regelung

Der Entwurf der Richtlinie war ursprünglich deutlich weicher für Dienstleistungen in der grenzüberschreitenden Physiotherapie assoziierte Infektionen konnten aber letztlich

Die vorliegende Fassung ist die Kompromisslösung. Sie regelt die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung:

- das Recht aller Bürgerinnen und Bürger in einem anderen EU-Mitgliedstaat in Anspruch zu nehmen durch die eigene Krankenversicherung,
- die Wahlfreiheit des Dienstleisters und
- das Recht auf transparente und umfassende Informationen über das behandelnde medizinische Personal

Die Richtlinie gilt *nicht* in den Bereichen Langzeitpflege

In Art. 3 ff. der Richtlinie wird die Zuständigkeit der behandelnden

- Behandlungsstaat: „[...] in dessen Hoheit die Gesundheitsversorgung erbracht wird, Universalität, Zugang zu qualitativ hochwertiger

werden.“

- Relevant sind die Rechtsnormen sowie die Behandlungsstaates. Dies gilt auch bezüglich des Patienteninformationsrechts und der Gesundheitsbehandlungsunterlagen.
- Versicherungsmitgliedstaat: der Staat, in dem die Versicherung ist, den nationalen Vorgaben für die Kosten und für eventuell notwendige Nachleistungen vorgeschrieben, erteilt sie dem oder der Versicherten die Behandlung in einem anderen EU-Mitgliedstaat.

Durch die Richtlinie werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, sicherzustellen, dass Patientinnen und Patienten, die einen Anspruch nehmen wollen, sich vorab über die anvisierte Behandlung informieren können.[6]

In Deutschland wurde die Nationale Kontaktstelle gemäß der Richtlinie vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV Spitzenverband) eingerichtet. Der Spitzenverband ist die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland, die sich jede (potenziell) zu behandelnde Person oder Personengruppe in Deutschland ausführlich über die grenzüberschreitende Behandlungsinformation auf ihrer Website mittlerweile bereits in ausreichender Weise informieren kann.

Genehmigung und Kostenerstattung

In der Richtlinie sind die Vorschriften und Entscheidungsregeln für die Genehmigung und Kostenerstattung festgelegt. Darüber hinaus wird damit die Rechtsgrundlage abgeklärt, die bei Komplikationen bzw. Problemen berufen können. Leistungserbringer des Behandlungsstaates erbracht und beurteilt. Die Kosten werden vom Versicherungsmitgliedstaat des Behandlungsstaates übernommen.

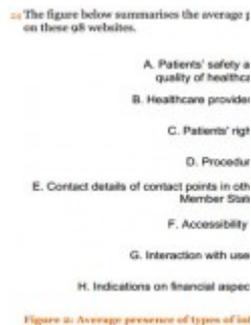
Gemäß § 13 Abs. 4 SGB V steht es allen deutschen Bürgern im Ausland zu unterziehen: „[...] Versicherte sind berechtigt, die Leistungen der Europäischen Union [...] anstelle der Sach- oder Dienstleistungen des Versicherungsmitgliedstaates zu erhalten.“

- Für Versicherte einer deutschen Krankenkasse gelten die verschiedenen Regeln ab und wird unter Berücksichtigung der nationalen Vorschriften des Versicherungsmitgliedstaates gewährt.
- Die Erstattung der Behandlungskosten wird vom Versicherungsmitgliedstaat (Versicherungsmitgliedstaat) gewährt.
- „[...] Es dürfen nur solche Leistungserbringer, die im jeweiligen nationalen System der Krankenkasse anerkannt sind, die Versorgung der Versicherten berechnen.“

Personen. Damit ist der rechtliche Rahmen in Bezug auf Versorgungstandards – nach oben und nach unten – mit entsprechenden Informationen zur Verfügung zu stellen Behandlungsstaates.

Alle Mitgliedstaaten werden aufgefordert, „[...] system sicherzustellen, dass die Qualitäts- und Sicherheitssta Berücksichtigung der Fortschritte in der internationale medizinischen Praxis und neuer Gesundheitstechnolog

2012 hat das Unternehmen PricewaterhouseCoopers in Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie veröffentlicht. Die ausgewertet [12]. Grundlage war die Forderung, Patienten grenzüberschreitende Gesundheitsleistungen zu gewährleisten, Informationen u. a. zu den Themen Finanzierung Gesundheitsleistung online zur Verfügung (siehe nach

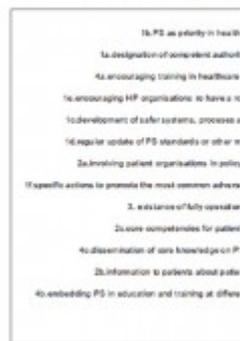


Bei der Interpretation und Verwendung dieser Studie ist nicht immer wertneutral präsentiert wurde. Die Durchaus.

Patientensicherheit und Regelung

In diesem Zusammenhang sei auf den detaillierten Bericht [13] Die Kommission fasst darin die Berichte der EU-Mitgliedstaaten zu den Empfehlungen zur Patientensicherheit (2009/C 151/01

Figure 10: Summary of actions implemented



Laut dem Bericht verfügen bereits alle beteiligten Mitgliedsstaaten (siehe Grafik). Allerdings ist es erst in fünf von 28 Ländern die Thema „Patientensicherheit“ zu sprechen (Punkt 2b in

Die EU-Patientenmobilitätsrichtlinie nimmt die nationalen Vorgaben und Standards einzelner EU-Mitgliedstaaten vorgeschriebenen Umfang erweitert. Gleichzeitig werden Patientinnen und Patienten aktiv vor der Entscheidung über die Behandlung und F

Bleibt noch die Frage der Zuständigkeit bei etwaigen Fällen in einem anderen europäischen Mitgliedstaat entscheiden. Bei klinischen Zwischenfällen oder Komplikationen erfolgt nach dem Reglement dieses Behandlungsstaates. Bei der Richtlinie in Art. 2q ausdrücklich darauf hin, dass die Vorschriften werden.

In Deutschland ist die Haftungsfrage seit dem Inkrafttreten der Richtlinie für Personen, die in deutschen Gesundheitseinrichtungen tätig sind, im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) explizit geregelt.

Zusammenfassung

Die Richtlinie 2011/24/EU steckt den Rahmen für die Gesundheitsversorgung innerhalb Europas ab. Das Europäische Recht bescheinigt Patientinnen und Patienten das Recht, sich ihrer Wahl behandeln zu lassen. Das Recht auf Kostenerstattung des Versicherungsmitgliedstaates geregelt.

Hinweis: In der Richtlinie wird explizit erwähnt, dass nationale Gesetze des eigenen Versicherungsmitgliedstaates in Anspruch zu nehmen. Die Bundesregierung vom 17.04.2013 wurden die Kosten für gesetzlich versicherte Personen für das Jahr 2012 auf 8 Prozent Kostenerstattung lediglich bei 5,7 Prozent. [14]

„[...]Die Aufwendungen privat Krankenversicherter sind
des Statistischen Bundesamtes weisen für die privater
Höhe von 430 Mio. Euro für das Jahr 2010 aus, die gem
die Kostenerstattung abgerechnet werden. Eine klare T
auf der Grundlage dieser Datenquelle nicht möglich“. [

Will man nach einer grenzüberschreitenden Gesundhe
tut man gut daran, sich vorher über die Kostenerstatu
Krankenversicherung) umfassend zu informieren.

Neutrale und fachlich transparente Informationen übe
sowie zu relevanten Regelungen im Behandlungsstaat
abgerufen werden.

Im Fall von Komplikationen oder Zwischenfällen im Ra
Mitgliedstaat muss berücksichtigt werden, dass sich d
Rechtsnormen des Behandlungsstaates richten. Haftu
Internationalen Privatrechts im Behandlungsstaat gelt

Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern oblieg
zur Zusammenarbeit mit den Nationalen Kontaktstell
anstehende Behandlung und die damit verbundenen R

Da die Richtlinie planbare Behandlungen regelt, könnt
Gründen daran gelegen sein, im Vorfeld zu erfahren, ob
Kostenübernahme im Versicherungsstaat informiert h
Checklisten zur stationären und ambulanten Behandlu
angefragt werden. [16]

Literatur

[1] Richtlinie 2011/24/EU Des Europäischen Parlaments
Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesu

[2] Rechtssache C-158/96 Kohll [1998] ECR I-1931(28.04
368/98 Vanbraekel [2001] ECR I-5363 (12.07.2001).

[3] Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parl
sozialen Sicherheit (ersetzt in Verband mit der Vero
Verordnung (EWG) Nr. 1408/71)

[4] <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1021&lar>

[5] Kleine Anfrage an die Bundesregierung, ; Drucksach

[6] Nationale Kontaktstellen: <http://europa.eu/youreur>

[7] DVKA: <http://www.dvka.de/oeffentlicheSeiten/DVK/>

[8] § 13 Abs. 4 SGB V

[9] aaO, Fn Nr. 1

[10] Durchführungsrichtlinie 2012/52/EU der Kommission der Anerkennung von in einem anderen Mitgliedsta

[11] aaO, Fn Nr. 1

[12] PwC: ec.europa.eu/health/cross_border_care/docs/

[13] EU-Kommission: <http://ec.europa.eu/health/patier>

[14] Kleine Anfrage an die Bundesregierung; Drucksach

[15] aaO, Fn Nr. 14

[16] DVKA: http://www.dvka.de/doc_oe.cfm?pdf=/pdf-f
http://www.dvka.de/doc_oe.cfm?pdf=/pdf-Dateien,

M. E. Hartmann, H. Dammann. Safety Clip: Gesundheitsversorgung und Patientensicherheit in Europa. Passion Chirurgie. 2014 Juli; 4(07): Artikel 03_02.

Autoren des Artikels



Mechtild Hartmann

GRB Gesellschaft für Risiko-Beratung mbH

Klingenbergstr. 4

32758 Detmold

[> kontaktieren](#)



Dr. Hendrik Dammann

ECCLESIA Versicherungsdienst GmbH

Ecclesiastraße 1-4

32758 Detmold

[> kontaktieren](#)